

Moldau nach dem Besuch der Bundeskanzlerin: Eine politische Bilanz

Der Besuch der Bundeskanzlerin in Chisinau am 22. August 2012 bildete den bisherigen Höhepunkt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Republik Moldau. Der Besuch setzte ein Zeichen der Unterstützung für die inneren Reformen und die Annäherung der Republik Moldau an die EU. Innenpolitisch wurde die Verfassungskrise durch die Wahl des Präsidenten beendet. Auch die angestrebte Justizreform und, obwohl noch nicht konsistent, die Korruptionsbekämpfung, haben und werden zu einer Verbesserung des wirtschaftlichen Klimas führen. Darüber hinaus setzt sich die Bundeskanzlerin, auch in den deutsch-russischen Beziehungen, besonders für eine Lösung des Konfliktes um die abtrünnige Region Transnistrien ein. Der Haupterfolg der regierenden „Allianz für die Europäische Integration“, könnte jedoch das Assoziierungsabkommen, speziell das Freihandelsabkommen mit der EU werden. Dass die Kanzlerin eine hochrangige Wirtschaftsdelegation mit nach Chisinau nahm, setzte auch in dieser Hinsicht ein Signal.

Konsolidierung nach der Präsidentenwahl

Der Besuch der Bundeskanzlerin fand im Zeichen einer politischen Konsolidierung statt. Zuvor konnte mit der Wahl von Präsident Timofti im März eine fast dreijährige Verfassungskrise überwunden werden, die seit 2009 bereits zu zwei vorgezogenen Neuwahlen geführt hatte. Infolgedessen hatte sich die moldauische Politik über Jahre in einem permanenten Wahlkampfmodus vollzogen. Auch die Arbeit innerhalb der Regierung blieb infolgedessen von Konflikten geprägt; u.a. da die Koalitionsparteien um dieselben Wählergruppen konkurrieren. Die Wahl des Präsidenten hat die Interessensgegensätze innerhalb der Koalition zwar nicht aufgehoben, aber sie wird voraussichtlich bis zum Ablauf der regulären Legislaturperiode Ende 2014/Anfang 2015 im Amt bleiben. Die damit verbundene politische Stabilität bedeutet auch bessere Planungssicherheit für inländische und ausländische Investoren.

Freihandel und Visaliberalisierung

Die Koalition hatte die europäische Integration bereits in ihrer Namensgebung zum zentralen Projekt erhoben. Unter den Adressaten der östlichen Partnerschaft verzeichnet Moldau mittlerweile die größten Fortschritte. Die Verhandlungen mit der EU über ein Assoziationsabkommen, das sogenannte tiefgreifende und umfassende Freihandelsabkommen und die Visaliberalisierung wurden bisher zügig und kompetent geführt; sie sollen 2013 abgeschlossen

sein. Eine offene Frage bildet noch die Berücksichtigung Transnistriens im Freihandelsabkommen. Deswegen Implementierung wird umfangreiche und langjährige Reformen erfordern. Ein Problem besteht dabei weniger in der Anpassung der Rechtsgrundlagen, als vielmehr in deren Umsetzung durch Justiz- und Verwaltungsbehörden. Die zu erwartende wirtschaftliche Dividende des Freihandelsabkommens ist signifikant. Je nach Studie wird ein BIP-Zuwachs von 5,4% bis 6,4% erwartet. Der Freihandel mit der EU verspricht Moldau dabei größere Wachstumschancen als ein Beitritt zur Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan. Selbst unter Berücksichtigung einer Reduzierung des Gaspreises wäre der Beitritt zur Zollunion unterm Strich für die moldauische Wirtschaft mit einem BIP-Rückgang von 9,6% verbunden.

Als ein weiteres wichtiges Projekt der europäischen Integration schreitet die Umsetzung des im Januar 2011 mit der EU vereinbarten Aktionsplans zur Visa-liberalisierung kontinuierlich voran. Visafreiheit wird sich zwar nicht bis Ende 2012 erreichen lassen, wie von der Regierung zunächst angekündigt; mit dieser Ankündigung hat Außenminister Leanca Politik und Verwaltung jedoch erfolgreich unter Implementierungsdruck gesetzt. Das Thema Visaliberalisierung hat für Moldau besondere Bedeutung, da ein größerer Anteil der Erwerbsbevölkerung im Ausland und speziell in der EU arbeitet als in jedem anderen europäischen Land. Zwar sind die wirtschaftlichen Folgen nicht klar abschätzbar, die politische Dividende für die Regierung sollte jedoch beachtlich sein.

Schwierige Reformprozesse

Neben der europäischen Integration zählen die Justizreform und die Korruptionsbekämpfung zu den wichtigsten Reformvorhaben. Fehlende Rechtssicherheit, überbürdende Bürokratie und Korruption sind wesentliche Faktoren, die die wirtschaftliche Entwicklung und das Engagement ausländischer Investoren behindern. Das Parlament verabschiedete im Februar einen Aktionsplan zur Justizreform, mit dem ein umfangreiches Unterstützungsprogramm der EU verbunden ist. Über Ansätze ist sie aber bislang nicht hinausgekommen. Ein ebenso großes Problem ist bislang die Korruption geblieben. Dass Moldau im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International 2011 sogar zurückgefallen ist, dürfte jedoch weniger auf eine tatsächliche Verschlechterung zurückzuführen sein als auf einen offeneren Umgang der Regierung mit dem Problem.

Diese hat eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen zur Korruptionsbekämpfung ergriffen. Eine umfassende und kohärente Strategie zeichnet sich dabei aber noch nicht ab. Der Grund dafür liegt nicht nur in den Ablenkungseffekten der Verfassungskrise und in Interessengegensätzen innerhalb der Koalition. Er liegt auch in einer erheblichen Dysfunktionalität von Behörden, veralteten Vorgaben und Gesetzen sowie dem niedrigen Gehaltniveau im öffentlichen Dienst. Weniger Bewegung ist bisher bei der überfälligen Modernisierung der Arbeitsmarktregulierung zu verzeichnen, obwohl die angekündigte Reform der beruflichen Ausbildung zu begrüßen ist. Die Investitionsbedingungen konnten so nicht schlagartig, aber doch schrittweise verbessert werden. In diesem Jahr wird infolge der Eurokrise nur ein geringes Wachstum zwischen 1,5 und 2,5% erwartet, nach immerhin 7% 2010 und über 6% in 2011. Dass Moldau als Wirtschaftsstandort an Attraktivität gewinnt, zeigt die Entwicklung des Handels mit der EU, der 2011 um 28% stieg, wobei Exporte in die EU um 45% stiegen.

Unterstützung Konfliktbewältigung in Transnistrien

Die Bundeskanzlerin hatte in Juni 2010 im „Meseberger Memorandum“ mit Präsident Medwedew beschlossen, gemeinsam auf eine Lösung des Transnistrien-Konfliktes hinarbeiten zu wollen. Ob sich die Interessengegensätze zwischen Chisinau und seinen westlichen Partnern, Tiraspol und Moskau überwinden lassen, bleibt allerdings offen. Die geopolitische Dimension des Konfliktes wird zunehmend durch die Konkurrenz um die Integrationsmodelle der EU und der Eurasischen Union im postsowjetischen Raum bestimmt. Die Meseberger Initiative hat aber zu einer Wiederannäherung beider Seiten beigetragen. Ende 2011 wurden formelle Verhandlungen über eine Konfliktlösung nach mehrjähriger Unterbrechung wiederaufgenommen. Im April kam es zu einer Verständigung über die weitere Agenda der Verhandlungen.

In Transnistrien wurde im Dezember mit Evgheni Şevciuk ein profilierter Reformier aus einer Außenseiterposition mit klarem demokratischem Votum zum neuen „Präsidenten“ gewählt. Ohne das Ziel der Unabhängigkeit aufzugeben, hat Şevciuk sich neben einer Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft auch zu einer pragmatischen Politik der Annäherung an Chisinau bekannt. Zwischen ihm und Ministerpräsident Filat hat sich ein vertrauensvolles Arbeitsverhältnis entwickelt. Ohnehin sind die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf beiden Seiten für eine schnelle Konfliktlösung in jedem Falle noch zu unterschiedlich. Daher kommt es zuerst darauf an, Reformen in beiden Landestei-

len zu unterstützen und durch die Lösung praktischer Probleme Wirtschaft und Gesellschaft näher zusammenzuführen. Beispielsweise wurden oder sollen Transport- und Kommunikationsverbindungen wieder hergestellt werden. Von den wirtschaftlichen Vorteilen profitieren beide Seiten. Die Wiedereröffnung von Bahnverbindungen erleichtert den Personenverkehr, nutzt der transnistrischen Industrie und senkt zugleich auch die Transportkosten für moldauische Produzenten nach Odessa. Letzteres stellt für ein Agrarexportland wie Moldau eine schlagartige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dar.

Fazit

Nach dem Regierungsantritt der „Allianz für die Europäische Integration“ in Chisinau im Herbst 2009 hat das Land politisch mehr Erfolge aufzuweisen als im wirtschaftlichen Bereich. Die Gesamtbilanz ist jedoch positiv, da die politischen Anstrengungen sich mittel- und langfristig in eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung niederschlagen sollten. Das ist umso wichtiger, da die Eurokrise auch in Moldau zu einer spürbaren wirtschaftlichen Abkühlung führt. Die Regierung sollte daher das verbleibende Zeitfenster vor den Wahlen nutzen, um Baustellen wie die Justizreform und Korruptionsbekämpfung weiter voran zu treiben. Die damit verbundene Verbesserung der Einkommen und Lebensbedingungen sollte sich als politische Dividende für die regierende Koalition auszahlen.

Autor

Dr. Dr. Hans Martin Sieg; sieg@manfredgrund.de
Büro Manfred Grund, MdB

German Economic Team Moldau (GET Moldau)

Das German Economic Team Moldau (GET Moldau) führt seit 2010 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit Entscheidungsträgern der moldauischen Regierung. Es wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Impressum

German Economic Team Moldau
c/o Berlin Economics
Schillerstraße 59
D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@get-moldau.de
www.get-moldau.de